



Niederschrift

50. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.05.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	ab ca. 17:10 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	von ca. 17:15 - 18:00 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26. April 2006
- 2 Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung - Verständigung zu den Themen, die für die Stadt relevant sind
- 3 Verständigung zum Begriff 'Petitionen' entsprechend HA 12.04.06 (TOP 6.3.)
- 4 Verständigung zum Thema ÖPP und der Einladung eines Vertreters des MI aus HA 26.04.2006

- 5 Wirtschaftsnetzwerk kreisfreie Städte
Vorlage: 06/SVV/0277
Fraktion SPD
- 6 Externe Besetzung der Stelle 331 200 10,Arzt/Ärztin im Kinder- und Jugendgesund-
heitsdienst
Vorlage: 06/SVV/0407
Oberbürgermeister, Personalmanagement
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand Projekt Integriertes Finanzmanagement Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0408
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 7.2 Bericht über die Arbeit der PAGA
gemäß Vorlage: 06/SVV/0089
- 7.3 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 7.4 Information über die fehlende Veröffentlichung des Beschlusses - DS 99/0491 betr.: B-
Plan SAN B 01 A 'Webergasse' (Teilbereich des B-Planes SAN B 01 'Nowawes Ortsmit-
te') Satzungsbeschluss vom 12.07.99 im Zusammenhang mit der Frage eines 'Veröffent-
lichungsmanagement'
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 26. April 2006

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur **öffentlichen Tagesordnung** gibt es keine Hinweise und Änderungsvorschläge; die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung des Hauptausschusses wird **bestätigt**.

Zum **Protokoll des öffentlichen Teils der 49. Sitzung** vom 26.04.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, **bestätigt**.

zu 2 Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung - Verständigung zu den Themen, die für die Stadt relevant sind

Der Oberbürgermeister weist eingangs darauf hin, dass es außer den von der Fraktion Die LINKE. PDS benannten Punkten keine weiteren Vorschläge gebe. Er bittet Herrn Exner, zu den Punkten der Fraktion Die LINKE. PDS Stellung zu nehmen und den Standpunkt der Verwaltung zu erläutern.

Herr Exner merkt an, dass es derzeit nur ein Eckpunktepapier und keinen Gesetzesentwurf gebe, der die konkrete Zielrichtung und Wirkung neuer Regelungen erkennen lasse.

Zu der Frage, ob **die Regelungen in der Gemeindeordnung bleiben, die auch in anderen Rechtsvorschriften enthalten** sind, habe die Verwaltung keine großen Bedenken, dass Regelungen nur einmal getroffen werden sollen. Bei Änderung der Rechtsvorschrift müsse dann nur an einer Stelle geändert werden und Fehler seien weitestgehend ausgeschlossen. Die Frage des **Vorsitzes des Oberbürgermeisters in der Vertretung und im Hauptausschuss** sei eine Frage des politischen Willens. Im süddeutschen Raum sei das durchaus üblich; man könne das aber so oder so machen. Bezüglich des Problems der **Ausschussbesetzung** sei der Wille des Innenministeriums nicht ganz klar und somit könne die Verwaltung auch nicht Stellung nehmen. Die Aussagen zu den **Ortsteilen**, insbesondere eine Vereinfachung der Auflösung, wenn keine Besetzung mehr möglich ist, habe für Potsdam derzeit keine Praxisrelevanz. Die **Vertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters in der StVV oder im Hauptausschuss** könne man aus Sicht der Verwaltung so machen. Bei dem Komplex der **wirtschaftlichen Betätigung** gehe es u.a. um das Örtlichkeitsprinzip. Hier seien die Regelungen in der Gemeindeordnung nicht mehr zeitgemäß und es gelte, „alte Zöpfe abzuschneiden“. Die Ausführungen zu den wirtschaftlichen Betätigungen beinhalten aus seiner Sicht nur eine scheinbare Lockerung. Die Möglichkeit, **Aufsichtsräte auch mit externen Fachleuten besetzen** zu können, halte er für richtig. Die **Beauftragtenregelung** sei ebenfalls eine Frage des politischen Willens. Den Vorschlägen zur **geheimen Abstimmung** sollte gefolgt werden, da die Haftung der Gemeindevertreter sonst ins Leere laufe. **Haftungsansprüche** seien im Einzelfall immer zu prüfen und setzten ein vorsätzliches Handeln voraus. Zum Vorschlag der **Streichung des § 21 – Petitionsrecht** - sei anzumerken, dass Beschwerden, egal in welcher Form, immer möglich sein werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass eine grundlegende Novellierung der Gemeindeordnung angedacht sei. In diesem Zusammenhang müsse man nach der Zielstellung fragen und möglichen Einfluss nehmen. Die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes sollte hier Gegenstand der Diskussion sein; er persönlich habe zu den einzelnen Punkten teilweise eine andere Auffassung. So werde durch die Streichung von Rechtsvorschriften die Arbeit mit der Gemeindeordnung schwieriger; sie sei jetzt umgänglicher und handhabbarer. Große Bedenken habe er gegen den Vorschlag, der Oberbürgermeister habe automatisch den Vorsitz in der StVV und im Hauptausschuss. Das werte diese Funktion ab, verkompliziere Vorgänge und ergebe eine Interessenkollision. Bezüglich der Ausschussbesetzung meine er, dass Zählergemeinschaften gestrichen werden können, weil diese Regelung „nichts gebracht“ habe. Bezüglich der Ortsteile sehe auch er keinen Änderungs- und für Potsdam keinen Diskussionsbedarf. Bei der Benennung einer Vertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters in der StVV oder im Hauptausschuss habe er die Befürchtung, der Oberbürgermeister nehme nicht mehr selbst teil. Eine Vertretung für die inhaltlichen Fragen sei jetzt bereits gegeben und auf „die eine Stimme komme es im Falle einer Verhinderung des Ober-

bürgermeisters nicht an“. Die Beauftragtenregelung in der GO zu erhalten sei sehr wichtig, da sonst ein „Kahlschlag“ zu befürchten sei. Bezüglich der Haftung der Gemeindevertreter wäre es wichtig zu erfahren, welche Erfahrungen es im Allgemeinen damit gebe. Die geheime Abstimmung habe in der Vergangenheit schon mehrfach „geholfen“ und sollte nicht gestrichen werden. Zu den Petitionen stimme die Aussage in der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes nicht.

Herr Schubert schlägt vor, auf die Diskussion der einzelnen Punkte und Stellungnahmen zu verzichten. Er halte die allgemeine Verschiebung der Rechte von den gewählten Vertretern in Richtung Verwaltung für problematisch. Der Versuch der Professionalisierung und Qualifizierung der Kommunalpolitik, gehe zu Lasten der ehrenamtlichen Arbeit. So stelle sich die Frage, ob das der richtige Weg sei. Einerseits werde über Politikverdrossenheit geredet und andererseits werde alles dafür getan diese abstrakter zu gestalten.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung eine Stellungnahme formuliere und diese in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zur Diskussion und Abstimmung gestellt werde. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Verständigung zum Begriff 'Petitionen'

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert Herr Exner die Begrifflichkeit und das Verfahren.

So habe nach § 21 der Gemeindeordnung jeder das Recht, „sich in Gemeindeangelegenheiten mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden einzeln oder gemeinschaftlich an die Gemeindevertretung oder den Bürgermeister zu wenden“.

Allerdings sei hier eine klare Abgrenzung nötig, da nicht alles eine Petition sei. So gehören zu Petitionen: Forderungen und Vorschläge für ein Handeln oder Unterlassen von staatlichen Organen, Behörden und der sonstigen Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, aber auch Beanstandungen, die sich gegen ein konkretes Handeln oder Unterlassen der genannten Einrichtungen wenden.

Reine Meinungsäußerungen, Mitteilungen von Tatsachen, Belehrungen, Auskunftersuchen, Vorwürfe, Beschimpfungen oder Lobsagungen sind im Sinne des Gesetzgebers keine Petitionen.

Darüber hinaus müsse man beachten, dass in vielen Fällen die Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts greifen und entsprechende Rechtsmittel vorsehen. Die Petition sei nicht das entscheidende Rechtsmittel; die Dienstaufsichtsbeschwerde oder der Widerspruch seien das „schärfere Schwert“.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass der Bürger im Umgang mit Petitionen eine gewisse Erwartungshaltung habe und fragt nach, wer in den Geschäftsbereichen die Eingänge danach kategorisiert, was eine Petition ist und was keine. Er meine, Petitionen seien mit einer entsprechenden Gewichtung zu behandeln und deshalb wolle er das Verfahren kennen, nach dem die Verwaltung Petitionen behandle. So habe er einen Brief eines Bürgers zum Thema Straßenreinigung, in dem eine Kritik angebracht und ein Vorschlag gemacht werde. So denke der Bürger, es handele sich um eine Petition – bekomme aber keine Antwort. Für ihn sei entscheidend, dass die angesprochenen Probleme gelöst werden und der Bürger zu

seinem Recht komme.

Zum Verfahren erläutert der Oberbürgermeister, dass er nicht alles selbst beantworte, sondern an die zuständigen Geschäftsbereiche weiterleite und diese eine Antwort vorbereiten. Durch sein Büro gebe es eine Kontrolle und die Antworten werden vor dem „Abgang“ zur Kenntnis gegeben. Allerdings behalte er sich bei z.B. grundsätzlichen Problemen vor, selbst zu antworten oder zu intervenieren. Er meine, das Beschwerdemanagement funktioniere; was aber nicht heißen solle, es passieren keine Fehler. Ergänzend weist Herr Exner darauf hin, dass die internen Regelungen durch Dienstanweisungen, wie z.B. die ADO festgeschrieben seien. Beschwerden über Mitarbeiter werden nach den Regelungen der Dienstaufsichtsbeschwerde unter Verantwortung von Herrn Schneider behandelt. Darauf Bezug nehmend verweist Frau Müller auf ein Schreiben, was sie an die Fraktionen weitergegeben habe. Darin gehe es um eine Dienstaufsichtsbeschwerde über Mitarbeiterinnen der PAGA, die nicht entsprechend der hier getroffenen Aussagen behandelt wurde. Sie werde das an den OBM weitergeben.

Herr Dr. Scharfenberg zweifelt an, dass es in den Geschäftsbereichen keinen Handlungsbedarf zur Verbesserung des Umgangs mit Petitionen gebe. Er schlägt vor, in den Geschäftsbereichen das Verhältnis zwischen Petitionen und anderen Rechtsmitteln zu ermitteln. Dem entgegnet der Oberbürgermeister, dass er das zum Anlass nehmen werde, die Fachbereichsleiter diesbezüglich zu sensibilisieren. Der Aufwand für die vorgeschlagene Statistik sei zu hoch und durch die Verwaltung nicht zu leisten.

zu 4 **Verständigung zum Thema ÖPP und der Einladung eines Vertreters des MI**

Der Oberbürgermeister informiert, dass seitens des Innenministeriums kein Vertreter an der Hauptausschusssitzung teilnehmen werde. Begründet wurde das damit, dass eine derartige Stellungnahme des Innenministeriums einen Vorgriff auf eine eventuelle kommunalaufsichtliche und rechtliche Prüfung darstelle. Darüber hinaus sei eine ausführliche Stellungnahme im Runderlass vom 01.08.2003 veröffentlicht worden. Die Aufgabe des Ministeriums sei es auch nicht, bei allgemeinen Problemen in die Ausschüsse der Gebietskörperschaften zu gehen.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, den Städte- und Gemeindebund anzufragen und zu bitten, im Hauptausschuss Stellung zu nehmen. Herr Bretz meint, dass die telefonische Absage des Innenministeriums nicht hingenommen werden sollte und bittet darum, dass der Oberbürgermeister schriftlich anfragt.

zu 5 **Wirtschaftsnetzwerk kreisfreie Städte** **Vorlage: 06/SVV/0277**

Herr Schubert bringt die Vorlage ein und erläutert die Zielrichtung des Antrages eine Gesprächsebene zwischen kreisfreien Städten zu initiieren.

Frau B. Müller bringt anschließend folgenden Ergänzungsantrag ein:

Zur Unterstützung dieses Vorhabens wird die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten ge-

meinsamen Beratung mit den Vorsitzenden der kreisfreien Städte zu setzen.

Die Fraktion der SPD übernimmt den Vorschlag.

Für Herrn Dr. Scharfenberg sei interessant, was bisher „gelaufen“ sei, denn es gebe regelmäßige Treffen mit den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte. Dies wird vom Oberbürgermeister bestätigt und er habe auch für ein gemeinschaftliches Auftreten der kreisfreien Städte geworben. Erste Ansätze dafür und Erfolge gebe es z.B. bei der Teilnahme an Messen. Er begrüße den Antrag, weil damit zum Ausdruck gebracht werde, dass auch der Stadtverordnetenversammlung daran gelegen sei, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Herr Schubert meint, man solle eine Zusammenarbeit nicht an eine Person binden, sondern sich fragen „welche Signale seitens der Stadtverordneten ins Land gesendet werden“. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung schon viele Erklärungen verabschiedet habe, die oft „ins Leere gelaufen seien“. Deshalb beantrage er eine Berichterstattung zum o.g. Antrag am Ende des Jahres. Dies wird ebenfalls von der Fraktion SPD übernommen.

Frau Dr. Müller sieht in der Bezeichnung „Wirtschaftsnetz“ ein schönes Wort für „wir reden miteinander“. Sicher mache man mit dem Beschluss nichts falsch, habe aber auch nicht wirklich etwas gekonnt. Sie fragt nach, was die Antragstellerin unter dem Begriff „Wirtschaftsnetz“ verstehe und welche Aktivitäten sich dahinter verbergen.

Herr Schubert verweist darauf, dass der Antrag absichtlich nicht zu eng gefasst und keine Maßnahmen vorgegeben wurden. Es gebe lose Gesprächsrunden, die zu einem größeren Erfahrungsaustausch unter Einbeziehung verschiedener Institutionen, wie z.B. der IHK entwickelt werden sollen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der vier kreisfreien Städte des Landes Brandenburg aus.

Als ein erster Schritt zu einer verstärkten Kooperation wird der Oberbürgermeister beauftragt, Gespräche mit den Oberbürgermeistern der anderen kreisfreien Städte aufzunehmen mit dem Ziel der Gründung eines Wirtschaftsnetzwerkes.

Zur Unterstützung dieses Vorhabens wird die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung gebeten, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten gemeinsamen Beratung mit den Vorsitzenden der kreisfreien Städte zu setzen.

Über den Sachstand ist die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2006 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 6 Externe Besetzung der Stelle 331 200 10,Arzt/Ärztin im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
Vorlage: 06/SVV/0407**

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle mit der Nummer 331 200 10, Arzt/Ärztin im Geschäftsbereich 3 Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz, Fachbereich Gesundheit und Umwelt, Bereich Gesundheit, mit dem Stellenwert E 13 TVöD/ TVÜ/ VKA (ehemals Ib Fg 7 BAT-O) wird für zwei Jahre mit einem Stundenvolumen von 20 Wochenstunden (50%) zur externen Besetzung ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 7.1 Sachstand Projekt Integriertes Finanzmanagement Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0408**

Herr Exner bringt die Mitteilungsvorlage ein und verweist darauf, dass im 2. Halbjahr die „heiße Phase“ für das Projekt „Doppik“ beginnen werde. In einem Workshop mit den Stadtverordneten am 01. Juni 2006 sollen Hintergründe und Auswirkungen dargestellt werden. Durch den Vergabenaachprüfungsantrag eines Softwarebieters habe sich der Zeitplan der Stadt um 2 Monate verzögert und auch Auswirkungen auf die anderen Teilprojekte gehabt.

Herr Liese bestätigt in seinen Ausführungen den engen Zeitplan und verweist auf die Zusammenfassung in der Mitteilungsvorlage, in der die Verzögerungen erläutert wurden. Hauptschwerpunkt sei jetzt die praktische Umsetzung der erarbeiteten Konzeptionen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass bereits im November vergangenen Jahres Zeitverzögerungen angedeutet wurden. Nun seien wieder Zeitverzögerungen dargestellt und gleichzeitig die Aussage getroffen, das Gesamtprojekt sei nicht gefährdet. Die Schulung der Politik erfolge erst im letzten Halbjahr vor Einführung der Doppik, was er für sehr spät halte.

Wichtig sei für ihn zu erfahren, wie es z.B. mit der Erstbewertung unbeweglichen Eigentums stehe und wie der Stand in Potsdam verglichen mit dem der anderen Modellkommunen zu bewerten sei. Man müsse auch Aufwand und Nutzen bei diesem Projekt in's Verhältnis setzen und danach fragen, was es bringe.

Herr Schubert fragt nach den Gründen für die Verzögerungen bei der Umsetzung des Schulungskonzeptes und betont, dass die Akzeptanz des Projekts von der Zeitverzögerung unmittelbar betroffen sei. Er fragt nach, ob der Termin 01.01.2007 für die Eröffnungsbilanz gehalten werden könne. Frau Dr. Schröter bittet, die Schlussfolgerungen zu entschlüsseln und zu konkretisieren, weil man mit den formulierten Aussagen nichts anfangen könne.

Herr Exner entgegnet, dass sich die Verzögerungen bei den Schulungen z.B. aus der späten Softwareentscheidung ergeben und diese Vergabeschwierigkeiten sich durch alle Teilprojekte ziehen. Vielfach gebe es auch durch fehlende Vorgaben des Landes und überarbeitete Konzeptentwürfe gewisse „Schwebezustände“. Zu der Erstbewertung des unbeweglichen Eigentums sei zu sagen, dass ein großer Teil durch die KIS-Bildung bereits erfolgt sei und man nun sehen müsse, wie sich das einfüge. Schwierig sei auch, dass die einzelnen Bundesländer in Nuancen doch einen eigenen Weg gehen und somit eine Vergleichbarkeit nicht immer gegeben sei. Vieles müsse erstmalig realisiert werden, wie z.B. die Bildung von Rückstellungen, die ein riesiges Aufgabenfeld darstelle.

Bezug nehmend auf den Austausch mit anderen Modellkommunen weist Herr Liese darauf hin, dass Potsdam die Eröffnungsbilanz erst ein Jahr später erstelle als die anderen Modellkommunen, die auch wesentlich kleiner seien. Potsdam sei auf einem guten Weg, so z.B. bei der Erarbeitung von Konzeptionen. Das sei in den kleinen Modellkommunen nicht notwendig, weil die Inhalte überschaubar seien. Die „gelbe Ampel“ in der Mitteilungsvorlage ergebe sich aus der verzögerten Softwareauswahl. Darüber hinaus seien viele der Vorgaben durch das Land erst zu erarbeiten. So liege die Vorgabe bezüglich der Erstbewertung bereits in der 5. Fassung vor und neue Anforderungen haben den Produkt- und Leistungskatalog durcheinander gebracht.

Herr Exner schlägt einen Gesprächskreis „Politik“ vor, da das Thema die Tagesordnungen des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen sprengt. In diesem Gesprächskreis sollen die Fraktionen vertreten sein; ein entsprechendes Papier wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses ausgereicht, das die Termine des Workshops, die weitere Zeitplanung und den Vorschlag zum Gesprächskreis enthalte.

Herr Bretz sieht in der Projektdurchführung eine „großartige Leistung“ der Verwaltung. Dem werde die Mitteilungsvorlage aber nicht gerecht, weil sie zahlreiche Allgemeinplätze enthalte. Er erwarte eine sichere Darstellung der Ist-Situation und deren konkrete Abbildung.

Herr Schubert fragt nach den Problemen des von der Stadt Potsdam gewählten „harten Umstiegs“, der nach seiner Auffassung auch risikobehaftet sei.

Herr Exner bestätigt, dass die Stadt daran festhalte. Wie das im Einzelnen erfolgen solle, wolle er in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen darstellen. Man werde kameral beginnen – dazu liege demnächst der entsprechende Eckwertebeschluss vor – und dann in den doppelten Haushalt überführen. Der Haushalt 2007 werde als doppelter Haushalt eingereicht und beschlossen sowie zur Genehmigung beim Innenministerium eingereicht.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend auf den Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung 2007, der in der Beigeordnetenkonferenz besprochen wurde und auch dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben wurde. Er schlägt vor, den Zeitplan in die nächste Tagesordnung aufzunehmen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Projektleitung zum Stand der Umsetzung des Projektes „Integriertes Finanzmanagement Potsdam“ **zur Kenntnis**.

**zu 7.2 Bericht über die Arbeit der PAGA
gemäß Vorlage: 06/SVV/0089**

Frau E. Müller berichtet dazu, dass es in den vergangenen Monaten diverse Gespräche gegeben habe. Zuletzt wurde durch sie auf der Sitzung des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages am 6. und 7.4.2006 dieses Thema angesprochen und eine Veränderung eingefordert.

Daneben sei bereits im Januar mit einem Schreiben an die Bundestagsabgeordnete Frau Wicklein auf die Tatsache der erheblich gestiegenen Bedarfsgemeinschaftszahlen und das Problem der immer erst um ca. 4- 5 Monate zeitversetzten Anerkennung dieser durch die Bundesagentur hingewiesen worden, mit der gleichzeitigen Bitte, dieses in den entsprechenden Gremien zu kommunizieren.

Am 3.2.06 hat sich die PAGA an die Bundesvereinigung der Deutschen Spitzenverbände im Zusammenhang mit der Stellungnahme zur Eingliederungsverordnung gewandt.

Am 6.2.06 hat sich die PAGA durch die Vorsitzende der Trägerversammlung - Frau E. Müller – an den Staatssekretär im BMAS – Herrn Anzinger – mit der Forderung um Abhilfe gewandt.

Das Antwortschreiben von Herrn Anzinger ist dem Protokoll beigelegt.

zu 7.3 Bericht über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Herr Jetschmanegg berichtet, dass die DS **06/SVV/0290**, Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam und **06/SVV/0383**, Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten für Schülerinnen und Schüler sowie die Schülerbeförderung von behinderten Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam seitens der Verwaltung erläutert wurden. Die Ortsbürgermeister haben ihrerseits Nachfragen gestellt und signalisiert, ob eine Teilnahme der Verwaltung an den Ortsbeiratssitzungen gewünscht werde oder nicht.

Als dritten Punkt habe der Oberbürgermeister die Ortsbürgermeister zur nächsten Beratung des Beirates zur Umsetzung des lokalen Aktionsplanes eingeladen, um die Themen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus in den neuen Ortsteilen zu besprechen.

zu 7.4 Information über die fehlende Veröffentlichung des Beschlusses - DS 99/0491 betr.: B-Plan SAN B 01 A 'Webergasse' (Teilbereich des B-Planes SAN B 01 'Nowawes Ortsmitte') Satzungsbeschluss vom 12.07.99 im Zusammenhang mit der Frage eines 'Veröffentlichungsmanagement'

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass eine zeitnahe Veröffentlichung das Ziel der Verwaltung sei. Trotzdem gebe es einige Fälle, wo davon abgewichen wurde, da die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht vorlagen. Sie erläutert im Weiteren, dass bezüglich der DS 99/0491 eine „Umbruchsituation im Einzelhandel“ zu verzeichnen gewesen sei, die einen erheblichen Leerstand bei Gewerbeflächen zur Folge gehabt habe. Deshalb sei die Entscheidung getroffen

worden, den Beschluss nicht zu veröffentlichen. Auch in jüngerer Vergangenheit gebe es einen derartigen nicht veröffentlichten Beschluss, welcher das Momper-Center betreffe. Da das entsprechende Grundstück bisher nicht zur Verfügung stand, habe die Verwaltung auf eine Veröffentlichung verzichtet und werde dies nachholen, sobald die Grundstücksfrage geklärt sei.

Frau B. Müller stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, dass alle nicht veröffentlichten Beschlüsse aufgelistet und den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden, da sie den Eindruck habe, dass die genannten Vorlagen nur die „Spitze des Eisbergs“ seien.

Frau Knoblich merkt an, dass das Fassen von Satzungsbeschlüssen dazu diene, sie schnell gültig werden zu lassen.

Für Herrn Schubert stelle sich darin der Umgang mit Beschlüssen der StVV dar. Wenn eine Veröffentlichung nicht sinnvoll erscheine, müsse die StVV informiert werden bzw. der Beschluss müsse aufgehoben werden.

Frau B. Müller verweist in diesem Zusammenhang auf ein Schreiben der Fraktion Die Andere, in dem die Umsetzung eines Beschlusses angemahnt werde. Sie fordert die Fraktionen auf, von ihnen eingebrachte und beschlossene Anträge stärker zu kontrollieren. Der Oberbürgermeister bittet, ihm das Schreiben zur Verfügung zu stellen. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, wer entscheide, ob ein Beschluss nicht veröffentlicht werde, antwortet der Oberbürgermeister, dass das die Verwaltung sei. Er stimmt der Forderung nach Information bei nicht veröffentlichten Beschlüssen zu. Herr Schubert fragt im Weiteren, welche Ebene der Verwaltung die Entscheidung treffe, einen Beschluss „auf Eis“ zu legen.

Herr Exner erläutert, dass eine Nicht-Veröffentlichung Sinn mache und dann richtig und geboten sei, wenn nicht alle notwendigen Voraussetzungen gegeben seien. Die Fachbereiche bereiten die Bekanntmachungsanordnung vor, die dann über die Geschäftsbereiche an den Oberbürgermeister weitergegeben werden.

Frau B. Müller betont nochmals, dass ein Beschluss aufzuheben sei, wenn er vom Grundsatz her nicht umgesetzt werden könne; ansonsten sei die StVV entsprechend zu informieren.

Frau Grimm fragt nach den Fristen für Veröffentlichungen. Im Gesetz seien keine Fristen geregelt, so Herr Exner, dies ergebe sich aus der Rechtsprechung und betrage bei B-Plänen ca. 5 Jahre. Vor Inkrafttreten des neuen Baurechts am 20. Juli 2006 müssen alle B-Pläne veröffentlicht sein, weil es sonst eines neuen Verfahrens bedürfe.

zu 8 Sonstiges

Bericht zum Stand der Vorbereitungen der Fußball-Weltmeisterschaft

Herr Dr. Scharfenberg bittet um einen Bericht zum Stand der Vorbereitungen der Fußball-WM, insbesondere zu den erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen und zur Großleinwand am Brandenburger Tor.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der Vorbereitung des Studentenfestes auf dem Bassinplatz. Frau E. Müller berichtet, dass mit dem Asta und der Umweltbehörde eine Einigung erzielt werden konnte, so dass das Fest zu den vereinbarten Bedingungen stattfinden könne.

Anschließend berichtet Herr Exner zur Nachfrage der Fraktion DIE LINKE. PDS, die „Zahlungsmoral der Stadt“ betreffend bzw. zu der vom KIS getroffenen Aussage, einige der Rechnungen seien fehlerhaft und damit nicht termingerecht beglichen worden.

30 – 40 % der Rechnungen, so Herr Exner, seien mit kleineren Mängeln behaftet, die sich aber leicht beheben lassen. Bei 10 – 20 % der Rechnungen seien die Mängel schon größer, können aber innerhalb der Zahlungsfrist nachgebessert werden. Bei ca. 5 % dieser Fälle ergeben sich jedoch Verzögerungen. Herr Exner verweist darauf, dass es sich bei den Angaben um grobe Schätzungen handle und der KIS bezüglich der fehlerhaften Rechnungen viel Beratungsarbeit leiste.